



Wahlprogramme

der Parteien mit ihren wesentlichen Aussagen zur Bildung und Forschung

(Frühkindliche Erziehung, Schule, Hochschule, Forschung , Aus- und Weiterbildung)

und Vergleich mit ver.di-Positionen

Berlin, 03. August 2005



ver.di ist der Auffassung, dass durch das Bildungssystem folgende **Ziele** erreicht werden müssen, um die Ansprüche zu erfüllen, die an Bildung in der Wissensgesellschaft gestellt werden:

Hohe Bildungsbeteiligung

Die gesellschaftliche Realität zeigt, dass die Zukunftschancen eines Menschen – im engeren wie im weitest gehenden Sinne – um so besser sind, je umfassender die Bildung und je höher die Qualifikationsstufe ist, die das Individuum erworben hat. Unser Bildungssystem muss deswegen gewährleisten, dass jede und jeder eine möglichst hohe Bildungsstufe erreicht.

Chancengleichheit

Die Bildungsbeteiligung benachteiligter Gruppen und Schichten an höheren Bildungsstufen ist bei weitem zu gering. Das liegt u. a. daran, dass unser Bildungssystem mehr selektiert als fördert. Es muss daher so umgestaltet werden, dass Chancengleichheit gewährleistet wird.

Durchlässigkeit des Bildungssystems

Durchlässigkeit muss ein Strukturmerkmal des Bildungssystems sein. Dies setzt ein System voraus, dessen Bestandteile flexibel genutzt werden können und bildungsmotivierend sind.




Individuelle Förderung

Um allen Menschen eine bestmögliche Entwicklung zu eröffnen und ihre Potenziale zu erschließen, muss von Anfang an eine Förderung entsprechend der individuellen Neigungen und Fähigkeiten erfolgen, die gleichzeitig Defizite, die auf verschiedenen Ursachen beruhen können, so weit wie möglich ausgleicht.

Wissenschaft und Forschung





Bildung, Wissenschaft und Forschung sind ein wesentlicher Faktor für die ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung und Modernisierung der Wissensgesellschaft. **ver.di** tritt deshalb dafür ein, die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt von Bildungs- und Forschungspolitik zu stellen und dass Wissenschaft und Forschung in staatlicher Verantwortung bleiben.

Frühkindliche Bildung und Erziehung

	<p>Um die individuell unterschiedlichen Voraussetzungen konstruktiv und produktiv zur Beteiligung am lebensbegleitenden Lernen zu entfalten, ist diesem Ziel bereits bei den gesellschaftlichen Bildungseinrichtungen in der frühkindlichen Phase besonderer Wert beizumessen.</p> <p>Wesentliche Fähigkeiten und Fertigkeiten werden schon in früher Kindheit erworben. Deshalb muss das Angebot an frühkindlicher Erziehung qualitativ im Sinne einer vorschulischen Bildung und systematischen individuellen Förderung und quantitativ durch ein flächendeckendes Angebot an Ganztageseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Kinderkrippen und Horten ausgebaut werden. Deren Besuch ist schrittweise gebührenfrei und zum Teil verpflichtend zu gestalten.</p> <p>Besondere Aufmerksamkeit ist auch der Qualifikation der Erzieher(innen) zu widmen. Deren Aus- und Weiterbildung muss die genannten inhaltlichen und strukturellen Änderungen berücksichtigen.</p> <p>Insbesondere die frühkindliche Bildung in Horten und Kindertagesstätten sowie die sich daran anschließende allgemeinbildende Schulphase bedürfen grundsätzlich eines Ganztagsangebots und sind so auszustatten, dass die Bildungsbeteiligung aller, unabhängig von den individuellen finanziellen Verhältnissen, ermöglicht und gefördert wird.</p>
	<p>Bildung ist die beste Starthilfe, die wir unseren Kindern geben können. Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Jedem und jeder Einzelnen wollen wir unabhängig von der sozialen Herkunft Zugang zu guter Bildung ermöglichen. Das ist für uns ein Gebot der Gerechtigkeit. Und es entspricht der ökonomischen Vernunft. Im internationalen Wettbewerb werden wir nur bestehen, wenn wir den Reichtum unserer Talente entwickeln und ausschöpfen.</p> <p>Deutschlands Zukunft entscheidet sich im Wissen und Können unserer Kinder und deren Willen zur Leistungsfähigkeit. Unser Land muss die frühkindliche Bildung und Erziehung mehr als bisher ins Zentrum rücken. Im Kindergartenalter kann erheblich dazu beigetragen werden, Fähigkeiten und Talente zu entwickeln und Kreativität und Entdeckergeist zu fördern. Und wir wollen ein Schulsystem, das stärker auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit dem von uns auf den Weg gebrachten Tagesbetreuungsausbaugesetz werden bis 2010 rund 230.000 zusätzliche Plätze in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege entstehen. Für die Kinder bedeutet das bessere Betreuung und frühe Förderung. Für die Mütter und Väter heißt das echte Wahl zwischen unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. • Wir setzen uns dafür ein, den Bildungsauftrag der Kindergärten ernst zu nehmen. Wir werden die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Kindergärten neu ausrichten und weiterentwickeln. Deshalb setzen wir uns ein für gemeinsame Bildungsstandards und –ziele in Kindertagesstätten. Berufs- und Teilhabechancen kann nur erwerben, wer die deutsche Sprache beherrscht. Deshalb fordern wir, den Spracherwerb von Kindern im Vorschulalter gezielt zu fördern. Obligatorische Tests könnten dabei helfen, Sprachdefizite bereits vor dem Start in die Schule zu erkennen und durch gezielte Förderung zu beheben.
	<p>Gleiche Bildungschancen für alle Kinder verlangen ein familienfreundliches Klima in unserer Gesellschaft, das Eltern bei der frühkindlichen Bildung und Erziehung stärkt und ermutigt. Sprache ist der Schlüssel zur Bildung. Deshalb bauen in den dafür zuständigen Ländern die unionsgeführten Regierungen vorschulische Sprachförderung für alle Kinder und Ganztagsangebote bedarfsorientiert aus. Sie sind wichtig zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nur so können ungleiche Chancen am Schulbeginn ausgeglichen werden.</p>




	<p>Alle sollen – egal ob Junge oder Mädchen – unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel ihrer Eltern die Möglichkeit haben, das Beste aus ihren Fähigkeiten zu machen. Dafür müssen sich unsere Kindertagesstätten, Schulen und Betreuungsangebote ändern. Wir wollen bessere Leistungen für alle, in der Spitze wie in der Breite. Wir dürfen kein Kind zurücklassen – alle sollen ihre Begabungen entfalten können.</p> <p>Wir wollen mehr und früher fördern. Dabei müssen wir auch zugunsten der Kleinen umschichten. Bildung beginnt bei der Kinderbetreuung. Deshalb wollen wir mit zusätzlichen Mitteln die pädagogische Qualität verbessern und den Bildungsauftrag der Kita stärken. Wir wollen erreichen, dass mittelfristig das Angebot einer Kita beginnend im letzten Jahr vor der Schule gebührenfrei wird. Ziel ist es, dass alle Kinder dieses Angebot wahrnehmen. Dafür muss der Bund eine finanzielle Mitverantwortung übernehmen.</p> <p>Um die Bildungsqualität zu steigern, wollen wir neben einer Ausweitung und Umschichtung der Mittel Qualitätsstandards auf allen Ebenen einführen, die ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau bringen und die LehrerInnenausbildung verbessern</p>
	<p>Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die Chancengerechtigkeit am Start. Faire Chancen sind eine Grundvoraussetzung, um Kindern aus allen sozialen Schichten eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Jedes Kind muß beim Eintritt in die Grundschule dem Unterricht folgen können. Verbindliche Sprachtests müssen bereits mit Beginn des 4. Lebensjahres stattfinden, um Defizite bis zum Schulanfang abzubauen. Um alle Kinder schulfähig zu machen, soll im Jahr vor dem Schulanfang ein verbindliches Angebot gemacht werden</p>
	<p><i>PDS:</i> • Konzentration der Anstrengungen auf die Bildung in der frühen Kindheit und in den Grundschuljahren. Zugang für alle zu Kita und Vorschule.</p> <ul style="list-style-type: none"> • gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder; uneingeschränkter Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an, • keine Anrechnung des Kindergeldes bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, das Kindergeld soll von 154 auf 250 Euro erhöht werden, • Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jedes Alters, damit beide Elternteile, aber auch Alleinstehende erwerbstätig sein können, • gute Startchancen für alle Kinder durch Bildungsaufgaben im Kindergarten, durch den Einsatz ausgebildeter Fachkräfte und durch intensive Sprachförderung in der Schule, • soziale Integration von Kindern aus eingewanderten Familien. <p><i>WASG:</i> Neben Krippenplätzen muss es zügig ein umfassendes Vorschulangebot geben. Dazu gehören qualifizierte Ganztages-Kinderbetreuung für alle Altersklassen, in denen keine vorzeitige Auslese vorgenommen wird;</p>




Schule

	<p>Das vorhandene dreigliedrige Schulsystem leistet der Ausgrenzung Vorschub, schiebt Problemfälle ab statt zu integrieren und zu fördern. Benötigt werden kinder- und jugendgerechte Ganztagsbildungseinrichtungen und ein System der Gemeinschaftsschulen, die Lernschwächeren den Ausgleich von Lerndefiziten erleichtern und sie vor entmutigendem Leistungsdruck bewahren, andererseits aber auch Leistungsstärkeren Möglichkeiten bieten, ihr Lernen zu vertiefen und zusätzliche Inhalte aufzunehmen. Eine Differenzierung sollte erst nach dem 10. Schuljahr erfolgen.</p> <p>Schule ist so zu gestalten, dass jede Absolventin und jeder Absolvent der Gemeinschaftsschule nach dem 16. Lebensjahr als Bildungserwachsene oder Bildungserwachsener ihre bzw. seine Bildungsmündigkeit erreicht und über den Fortgang des eigenen Bildungsweges eigenverantwortlich entscheiden kann.</p> <p>Zur Qualitätssicherung sind bundeseinheitliche Bildungsstandards zu schaffen, die auch im europäischen Maßstab bestehen können. In regelmäßigen Abständen sind (nationale) Bildungsberichte vorzulegen.</p> <p>Im Rahmen gesamtstaatlicher Verantwortung ist es Aufgabe einer aktiven und zukunftsorientierten Bildungspolitik, dies durch bundeseinheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen und eine den Erfordernissen entsprechende finanzielle Ausstattung zu garantieren. Die finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen in Parlamenten und Regierungen sind daher verstärkt unter Beachtung der bildungspolitisch notwendigen Ziele zu treffen.</p>
	<p>Und wir wollen ein Schulsystem, das stärker auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit dem Ganztagsschulprogramm stellen wir den Ländern bis 2008 rund 4 Mrd. Euro für die Einrichtung von 10.000 zusätzlichen Ganztagschulen zur Verfügung. Es ist vor allem Aufgabe der Länder, diesen sinnvollen Weg fortzusetzen.
	<p>CDU und CSU treten ein für die gezielte Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher aus allen sozialen Gruppen und Schichten.</p> <p>Es ist Aufgabe der Erziehung in Familie und Schule, jungen Menschen eine klare Wertorientierung zu vermitteln. Die Schule muss einen Beitrag dazu leisten, dass die Schülerinnen und Schüler auf die Frage nach Gott und nach verbindlichen ethischen Maßstäben Antworten finden können</p>
	<p>Der enge Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg verfestigt die Ausgrenzung vor allem von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund über Generationen hinweg. Vorrangiges Ziel muss es deswegen sein, die Defizite des deutschen Bildungssystems im Umgang mit sozialer und kultureller Heterogenität zu überwinden. Der Erwerb der deutschen Sprache ist dafür eine wichtige Grundvoraussetzung, deshalb muss die Ausbildung der pädagogischen Berufe darauf ausgerichtet werden.</p> <p>Wir dürfen kein Kind zurücklassen - alle sollen ihre Begabungen entfalten können. Deshalb setzen wir auf individuelle Förderung und darauf, dass die Schule der Zukunft die zunehmende Unterschiedlichkeit ihrer Schülerinnen und Schüler als Chance begreift, so dass alle bessere Lernchancen haben – die Hochbegabten wie die Benachteiligten. Der Schlüssel für Veränderungen im Bildungssystem ist die Selbständigkeit von Schulen und Hochschulen.</p>



	<p>Die FDP fordert den möglichst frühen Eintritt eines Kindes in die Schulausbildung ab dem vollendeten 5. Lebensjahr.</p> <p>Wir wollen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen mit eigenem pädagogischem Konzept. Förderunterricht, Unterstützung der Eltern durch Hausaufgabenbetreuung, Entwicklung der kreativen und motorischen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen sind zentrale Aufgaben</p> <p>Die Regelschulzeit bis zum Abitur muß in allen Bundesländern auf 12 Jahre verkürzt werden.</p>
	<p><i>PDS:</i> • Alle fördern, keinen zurücklassen; individuelle Förderung statt frühzeitige Auslese!</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Schule für alle – Schluss mit dem ineffizienten, sozial ausgrenzenden gegliederten Schulsystem! • Langes gemeinsames Lernen in einer integrativen Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10. Ein ausgewogenes Netz von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen. Die Schule muss zu einem Ort des Lernens und Lebens von Kindern und Jugendlichen werden. • Sozial gleichen Zugang zur gymnasialen Stufe absichern. <p><i>WASG:</i> Wir wollen ein öffentliches und demokratisches Bildungswesen und keine Privatisierung der Bildung. Wir wollen qualifizierte Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen: Wer nicht ausbildet , muss zahlen.</p>

Hochschule


	<p>Hochschulen müssen – auch weiterhin - von Bund und Ländern als gesamtstaatliche Aufgabe behandelt werden. Ihre Finanzierung ist entsprechend ihrer Bedeutung für die Wissensgesellschaft deutlich zu verbessern. Studiengebühren für ein Erststudium bis zum höchsten berufsqualifizierenden Abschluss werden abgelehnt. Die Studienförderung ist beizubehalten, auszubauen und weiterzuentwickeln. Die Privatwirtschaft ist an den Kosten der Hochschulen zu beteiligen.</p> <p>Die StudienanfängerInnen- und die HochschulabsolventInnenquote (an einem Altersjahrgang) sind zu erhöhen, ganz besonders für Kinder aus ‚bildungsfernen‘ Schichten. Der Hochschulzugang für qualifizierte Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung ist zu erleichtern. Im Berufsleben erworbene Qualifikationen sollen auf Studienleistungen angerechnet werden.</p> <p>Der Studienreformprozess ist im Rahmen des europäischen Hochschulraums („Bologna-Prozess“) umfassend inhaltlich, strukturell, organisatorisch und methodisch zu gestalten. Eine bessere Integration der beruflichen Praxis ist unverzichtbar. Akkreditierung und Evaluierung sind geeignete Mittel zur Qualitätssicherung, wenn sie entsprechend der vereinbarten Standards eingesetzt werden. In die Studienreform und in die Qualitätssicherung sind VertreterInnen der Berufspraxis, darunter der ArbeitnehmerInnen; einzubeziehen.</p> <p>Die Durchlässigkeit zwischen und die Kooperation von Hochschulen auch unterschiedlichen Typs werden zunehmen müssen. Einzelne Hochschulen werden sich profilieren. Dazu gehört, dass sich Studierende ihre Hochschule und Hochschulen ihre Studierenden zum großen Teil auswählen dürfen. Quotierungen beim Zugang zu MA-Studiengängen werden abgelehnt.</p> <p>Die Autonomie der Hochschulen muss erweitert werden. Der Staat bleibt für das Hochschulsystem und die Hochschulen insgesamt verantwortlich, hat sich aber aus der Detailsteuerung zurückzuziehen. Moderne Leitungs- und Entscheidungsstrukturen müssen klare Verantwortlichkeiten festlegen; Beschäftigte und Studierende sowie deren Interessenvertretungen sind in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.</p> <p>Die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten sind im Rahmen des neuen TVöD zu regeln, wobei wissenschaftsspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen sind. Keine Beschäftigtengruppe darf vom Geltungsbereich des Tarifvertrags ausgeschlossen werden. Berufsperspektiven im Wissenschaftssystem müssen wieder attraktiv werden. Für keine Tätigkeit an Hochschulen ist der Beamtenstatus erforderlich.</p>
	<p>Wir stehen für den offenen Zugang zu den Hochschulen, unabhängig von den sozialen oder finanziellen Voraussetzungen der Jugendlichen. Wir stehen dafür, dass auch mehr Jugendliche aus bildungsfernen Schichten ein Studium ermöglicht wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Deshalb bleibt das Erststudium frei von Studiengebühren. • Der Zugang zur Hochschule muss auch künftig überall besonders qualifizierten Absolventen einer Berufsausbildung ohne Abitur offen stehen. • Das BAföG bleibt und wird nicht in ein Voll Darlehen umgewandelt.
	<p>Wir vernetzen universitäre und außeruniversitäre Forschung besser, integrieren sie stärker in die europäische Forschungspolitik und stärken den Wettbewerb im Wissenschaftsbereich.</p> <p>Damit verbessern wir unsere Chancen im Wettlauf um die zukunftssträchigsten Ideen.</p>

	<p>Unsere Hochschulen sollen weder reine Lern- und Forschungsfabriken noch Elfenbeintürme sein, sondern brauchen wissenschaftliche Exzellenz genauso wie Freiräume und Selbstverantwortung und den engagierten Austausch mit der Gesellschaft.</p> <p>An die Hochschule gehört, wer das Zeug dazu hat, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Deshalb haben wir das Bafög verbessert, indem wir den Kreis der Geförderten erhöht und den Darlehensanteil auf 10.000 Euro begrenzt haben. Wir wollen das Bafög zu einer elternunabhängigen Unterstützung ausbauen. Das Erststudium bis zum Diplom, Magister, Master oder einem vergleichbaren Grad soll gebührenfrei bleiben. Den Zugang für befähigte Nicht-Abiturienten wollen wir erleichtern. Wir wollen die Hochschulfinanzierung zu einem relevanten Teil an die Nachfrage der Studierenden koppeln, um deren Bedürfnissen mehr Gewicht zu verleihen. Dazu können Gutscheine, Studienkonten oder auch Indikatorenmodelle eingesetzt werden. Zugleich wollen wir den Hochschulen mehr Autonomie, etwa bei der Auswahl von Studierenden, geben. Die Hochschulen sollen sich ihren Studierenden aussuchen und Studierende sollen sich ihre Hochschule aussuchen – beide auf gleicher Augenhöhe. Damit auch die Studierenden sich ihre Hochschule aussuchen können, bedarf es besserer Studienbedingungen und ausreichend vieler Studienplätze. Über einen fairen Wettbewerb tragen wir mehr Effizienz und Transparenz in die Hochschulen. Statt bestehendem Beamtenrecht wollen wir einen flexiblen Tarifvertrag, der junge WissenschaftlerInnen absichert und Forschung und Lehre als Beruf auch ohne Professur möglich macht. Wir wollen den laufenden Generationswechsel an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen für eine deutliche Steigerung des Frauenanteils in wissenschaftlichen Führungspositionen nutzen. GRÜNE denken die offene Hochschule auch international. Deshalb unterstützen wir den Bologna-Prozess, welcher die Mobilität von Studierenden und WissenschaftlerInnen in Europa verbessern soll. Dazu gehören gestufte Abschlüsse wie Bachelor und Master ebenso wie europäische Studiengänge.</p>
	<p>Deutschlands Hochschulen benötigen Autonomie und eine bessere Finanzierung, um wieder an die internationale Spitze zu kommen. Autonomie und eine weitaus bessere Ausstattung ist notwendig: für Personalentscheidungen, Organisationsstrukturen und die Budgets für Lehre und Forschung, die Umsetzung guter Ideen in wettbewerbsfähige Produkte eingeschlossen.</p> <p>Die Hochschulen müssen auch die Freiheit haben, Studienentgelte zu erheben, um ihr Lehrangebot zu verbessern. Wenn Studierende für Bildung zahlen, können sie auch eine gute Leistung verlangen. Wir wollen die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) abschaffen, damit sich die Studierenden ihre Hochschule selbst aussuchen können und so wirkliche Nachfragemacht bekommen.</p> <p>Für Studierende muß die Möglichkeit bestehen, die Studienentgelte „nachlaufend“ – nach dem Studienabschluß, abhängig von den eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten – zu bezahlen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Darüber hinaus muß ein Stipendien- und Darlehenssystem aufgebaut werden. Auch die Grundsicherung des Lebensunterhaltes für Studierende darf nicht in Frage gestellt werden. Sie wird durch das Liberale Bürgergeld gewährleistet.</p>
	<p><i>PDS:</i> Gebührenfreiheit in Schule und Lehre, keine Studiengebühren!</p> <p>Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen brauchen dauerhaft sichere Finanzierung. Ein sozial gleicher Zugang zum Hochschulstudium ist – unabhängig von der sozialen Herkunft – zu gewährleisten. Wir fordern ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen, Demokratisierung durch verbesserte Mitbestimmung und ein großes Maß an Autonomie der Hochschulen. Dringlich ist ein Personalstrukturwandel gegen die hierarchische und männerdominierte Verfasstheit der Wissenschaftseinrichtungen.</p> <p><i>WASG:</i> Wir wollen den Ausbau der Hochschulen und die Gebührenfreiheit für Schulen und Hochschulen.</p>



Aus- und Weiterbildung

	<p>Aus- und Weiterbildung muss als wichtiges Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik erhalten und ausgebaut werden. Die Bildungsplanung soll sich nicht an finanzpolitischen Erwägungen sondern an arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten orientieren.</p> <p>Die duale Berufsausbildung bildet nach wie vor eine wesentliche Basis für den künftigen Fachkräftebedarf und muss beibehalten werden. Die Unternehmen sind gefordert, genügend Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Von den politisch Verantwortlichen sind die entsprechenden Rahmenbedingungen und Anreizinstrumente (ggf. Umlagefinanzierung) zu schaffen.</p> <p>Dabei sind die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung zu verwirklichen, der Zugang zu und Wechsel zwischen den Ausbildungsgängen zu ermöglichen, erworbene Qualifikationen gegenseitig anzuerkennen, für alle Ausbildungsgänge weiter führende Qualifikationsmöglichkeiten zu garantieren.</p> <p>Gesetzliche Regelungen sind notwendig, die verbindliche Rahmenbedingungen für Finanzierung, Zugang, Qualitätssicherung und Abschlüsse festlegt. Die Rahmenkompetenz für den Weiterbildungsbereich könnte der Bund erhalten.</p> <p>Die Weiterbildungsträger und deren Beschäftigte benötigen verlässliche Rahmenbedingungen. Ein ständiger Wettbewerbsdruck, der vor allem über den Preis ausgetragen wird, vermindert dauerhaft die Qualität und zerstört die Bildungslandschaft. Träger, die nachgewiesen gute Arbeit leisten, sollen deswegen Folgeaufträge ohne Neuausschreibung erhalten, wenn sie sich an vorgegebenen Standards halten. Erfahrungen im Ausland belegen, dass dies System die Qualität und den Eingliederungserfolg steigern kann</p> <p>Von den Trägern, die sich an Anschreibungen beteiligen wollen, muss ein Qualifikationssystem verlangt werden, das sowohl die Einbindung in den örtlichen Arbeitsmarkt, als auch eine qualitativ hochwertige Ausstattung mit Lernmitteln und qualifiziertem Personal, das nach tariflichen Regelungen bezahlt wird, erfordert. Ein wesentliches Qualitätsmerkmal bei der Anerkennung von Weiterbildungsanbietern soll auch die Hauptberuflichkeit des pädagogischen Personals sein</p> <p>Von den Eingliederungsleistungen des SGB II sollten gezielte Initiativen zur Qualifizierung von benachteiligten Gruppen wie Geringqualifizierte, Migranten und Frauen mit Kindern ergriffen werden.</p> <p>Hochschulen kommt die Aufgabe von wissenschaftlicher Weiterbildung zu. In diesem Rahmen sollen sie ihr Weiterbildungsangebot auch zur Qualifizierung von Personengruppen, die nicht über einen Hochschulabschluss verfügen, und Angebote, bei denen Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden können, ausbauen.</p>
	<p>Fort- und Weiterbildung wird auch zukünftig ein zentrales Mittel unserer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sein.</p> <p>Kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als 3 Monate ohne...Ausbildung oder...sein.</p> <p>Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Berufsleben ist eine Berufsausbildung. Wir werden den erfolgreichen Ausbildungspakt mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft fortsetzen.</p> <p>Das duale Bildungssystem hat eine Zukunft, wenn es Schritt hält mit der Entwicklung neuer Märkte und Berufe.</p> <p>Jugendliche, die Schule oder Ausbildung abbrechen, sollen eine zweite Chance bekommen. Auch für junge Erwachsene ohne Berufsausbildung soll es neue Möglichkeiten der Nachqualifizierung geben.</p> <p>Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule der Bildung machen. Wir wollen eine Weiterbildung mit System. Dabei sollen auch die Hochschulen stärker als bisher einbezogen werden. Wir wollen deshalb die Weiterbildungsbeteiligung erhöhen, indem wir Fördermöglichkeiten für Bildungsbenachteiligten schaffen.</p>

	<p>lignen schaffen, die Transparenz von Weiterbildungsmöglichkeiten und –strukturen stärken und die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen erhöhen.</p> <p>Die Prüfung der Qualitätssicherung von Weiterbildungsangeboten kann z.B. durch die Stiftung Warentest auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden. Als wesentliche Nutznießer betrieblicher Weiterbildung kommt den Unternehmen die Hauptverantwortung für betriebliche Bildungsinvestitionen zu. Wir sorgen dafür, dass das Instrument der betrieblichen Lernzeitkonten von den Sozialpartnern verstärkt genutzt wird. Deshalb wollen wir deren Weiterentwicklung fördern und die Rahmenbedingungen hierfür verbessern.</p>
	<p>Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt nicht zuletzt von seinen Eliten ab. Unser Land braucht Eliten in allen Bereichen kultureller, forschender, wirtschaftlicher, handwerklicher und sozialer Tätigkeiten. Wir brauchen den Forscher von Weltrang ebenso wie den qualifizierten Facharbeiter. CDU und CSU treten ein für die gezielte Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher aus allen sozialen Gruppen und Schichten.</p>
	<p>Angesichts der ökonomischen Herausforderungen des demografischen Wandels und der gesellschaftlichen Veränderungen brauchen wir eine aktive Politik für lebensbegleitendes Lernen. Weiterbildung muss endlich zu einer neuen Säule unseres Bildungswesens werden.</p> <p>Eine Wissensgesellschaft im globalen Wertewettbewerb kann es sich nicht leisten, Talente und Begabungen unentdeckt zu lassen. Gerade eine schrumpfende und alternde Gesellschaft hat einen steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Jüngeren und gut weitergebildeten Älteren. Bislang aber selektiert das deutsche Bildungssystem auf fast skandalöse Weise.</p> <p>Gute berufliche Aus- und Weiterbildung ist ein Garant für individuelle Lebensperspektiven und einen modernen Standort. In den letzten Jahren überstieg aber die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stets das Angebot, die Investitionen in Weiterbildung stagnierten. Das wollen wir ändern und auch dafür sorgen, dass sich gerade die großen Unternehmen nicht aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung davonstellen.</p> <p>Ältere, Menschen mit geringem Einkommen und geringen Qualifikationen und all denen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen, gezielt verbessern. Beschäftigungsfähigkeit hängt in Zukunft immer stärker von lebensbegleitender Weiterbildung ab; besonders die Weiterbildungsangebote für Ältere müssen erweitert werden. Grüne Ansätze sind öffentlich zugängliche und bezahlbare Weiterbildung für alle zu erhalten bzw. bedarfsgerecht auszubauen, ergänzt durch zinsgünstige Bildungskredite und staatlich gefördertes Bildungssparen und eine Sicherung des Lebensunterhaltes während längerer Lernphasen, z.B. durch Lernzeitkonten. Das Nachholen von Schul-, Hochschul- und Berufsbildungsabschlüssen ist durch ein einkommens- und vermögensabhängiges System von Zuschüssen und Darlehen zu fördern. Die Aus- und Weiterbildung in den Regionen wollen wir mit einer Stiftung für betriebliche Bildung unterstützen.</p>
	<p>Deutschland braucht die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Wir werden die Reform der beruflichen Bildung und den Abbau von Ausbildungshindernissen energisch angehen. Der Weg zu diesem Ziel führt über die Flexibilisierung und Deregulierung unseres Berufsbildungssystems unter Beibehaltung der hohen Qualität der dualen Ausbildung.</p> <p>In unserer älter werdenden Gesellschaft muss in ganz besonderer Weise das Potential und das Wissen der Erwachsenen genutzt, aufgefrischt und erneuert werden. Aufstiegsweiterbildung, Umstiegsweiterbildung, Nachqualifikation und Wiedereinstiegsqualifikation nach Familienphasen, aber auch allgemeine Weiterbildung zur Stabilisierung von Motivation und Schlüsselqualifikationen erlangen weiter wachsende Bedeutung. Gute Weiterbildung ist für gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze so wichtig, dass sie auf einem Markt für Weiterbildung angeboten werden muss, der offen für alle Unternehmen sein muss, ohne Privilegien für gewerkschaftsnahe oder den Arbeitgeberverbänden zuzuordnende Weiterbildungsfirmen. Neue Finanzierungsinstrumente, wie z.B. Bildungssparen, Bildungsgutscheine oder Lernkonten müssen entwickelt werden.</p>

DIE LINKE. 	<p><i>PDS:</i> Jedem Schulabgänger, jeder Schulabgängerin einen Ausbildungsplatz! Betriebe, die nicht ausbilden – obwohl sie es könnten –, sollen zahlen.</p> <p>Wir fordern ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen, Eine Bildungsreform darf vor Weiter- und Fortbildung, lebenslangem und berufsbegleitendem Lernen nicht Halt machen. Wir fordern den Rechtsanspruch auf lebensbegleitendes Lernen, flankierende Maßnahmen durch Gesetzgebung, Tarifvereinbarungen und Weiterbildungsfonds. Den Unternehmen kommt – auch finanziell – eine größere Verantwortung zu.</p> <p><i>WASG:</i> Wir wollen qualifizierte Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen: Wer nicht ausbildet , muss zahlen.</p>
---	--

Wissenschaft und Forschung

	<p>ver.di fordert von den politischen Entscheidungsträgern in Bund und Ländern,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wissenschaft und Forschung einen ihrer Bedeutung entsprechenden Stellenwert zu geben, sie zur zentralen Aufgabe der Politik in Bund und Ländern zu machen und die finanziellen Mittel als Investition in die Zukunft nettowirksam kontinuierlich zu erhöhen; - gemeinsame Schwerpunkte zu vereinbaren, die Gemeinschaftsaufgaben nach den Artikeln 91 a und 91 b Grundgesetz zu erhalten und dem Bund Möglichkeiten der gezielten Unterstützung zu gewähren; - Forschungseinrichtungen untereinander sowie mit Hochschulen strategisch, organisatorisch und bei konkreten Projekten miteinander zu vernetzen; - Politikbereiche mit der Wissenschaftspolitik zu verzahnen mit dem Ziel, zukunftsfähige Innovationen, vorrangig Produktinnovationen, zu erreichen; - die Wissenschaft in den östlichen Bundesländern als Ausgleich für die noch fehlende wirtschaftliche Basis durch gezielte Programme zu fördern und zur Clusterbildung von Wissenschaft und Wirtschaft beizutragen; - alle Möglichkeiten, die im Rahmen von Gesetzen, Verträgen und Förderprogrammen gegeben sind, zu nutzen, um die Gleichstellung der Geschlechter im Sinne von Gender-Mainstreaming und Frauenförderung durchzusetzen; - die Schwerpunkte, die Strukturen und die Rahmenbedingungen für die öffentliche Forschungsförderung so zu gestalten, dass ihre Funktion als Steuerungs- und Ausgleichsinstrument gegenüber der an einzelwirtschaftlichen Interessen orientierten Industrieforschung zur Wahrung des gesamtgesellschaftlichen Interesses gewährleistet ist; - die Umsteuerung von institutioneller Förderung zur Ziel- und Aufgabenorientierung so auszugestalten, dass der Langfristigkeit von Wissenschaft und Forschung Rechnung getragen, die Kontinuität erhalten und eine Atomisierung in Einzelprojekte auf ein sinnvolles Maß beschränkt wird; - den Forschungseinrichtungen umfangreiche Eigenständigkeit einzuräumen und ihnen die erforderlichen Instrumente zur Verfügung zu stellen <p>Wer Ziele verändern und einen breiten gesellschaftlichen Konsens finden will, muss auch die demokratische Beteiligung in Wissenschaft und Forschung bejahen und durchsetzen. Das bedeutet, auf der Ebene der Gesellschaft neue Formen der öffentlichen Kontrolle und des gesellschaftlichen Dialogs über die Forschungsziele und die Verteilung der Mittel einzuführen. Auf der Ebene der Forschungseinrichtungen sind die Mitbestimmungsrechte, die individuellen Rechte der Beschäftigten und die demokratischen Strukturen auszubauen. Die Anwendung des Tendenzschutzes auf die Forschungseinrichtungen muss entfallen.</p> <p>Die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten sind im Rahmen des neuen TVöD zu regeln, wobei wissenschaftsspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen sind. Die Tarifbindung aller Forschungseinrichtungen soll erreicht werden.</p>
	<p>Forschung und Entwicklung sind prioritär. Als Partei des technischen Fortschritts setzen wir unseren Schwerpunkt auf Bildung, Forschung und Wissenschaft. Wir wollen die Informationstechnologien in Verbindung mit der Nano- und Optotechnik sowie der Bio- und Gentechnologie nutzen, um bei der ökologischen Modernisierung unsere weltweite Vorreiterrolle auszubauen.</p> <p>Wir setzen auf eine exzellente und offene Forschungsinfrastruktur.</p> <p>Staat und Wirtschaft werden gemeinsam den Anteil der Ausgaben von Forschung und Entwicklung am BIP bis 2010 auf 3,0% anheben. Davon trägt der Staat ein Drittel und die Wirtschaft zwei Drittel.</p> <p>Wir wollen mehr junge Menschen für Forschung und Wissenschaft begeistern und unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Orten machen, die die besten Köpfe der Welt interessieren.</p> <p>Die Exzellenzinitiative für Spitzenuniversitäten ist für unsere Hochschulen ein Sprungbrett in die Weltklasse. Mit zusätzlich 1.9 Mrd. Euro können Deutschlands Hochschulen ihr Profil stärken und endlich auch international zeigen, wie leistungsfähig sie sind.</p>

	Nur wo die Breite in der Forschung bereits hohen Ansprüchen gerecht wird, kann sich die Spitze entwickeln. Dies wollen wir unterstützen mit einem neuen Investitionsprogramm für Hochschulen, das Autonomiemodelle, professionelles Management und die Entwicklung professioneller Karrierewege fördert und das Prinzip des Gender Mainstreaming konsequent umsetzt.
	Wir eröffnen den technologischen Spitzenfeldern der Zukunft in Deutschland die besten Entwicklungschancen: Wir erhöhen die jährlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung zusätzlich zur beschlossenen Exzellenzinitiative um 1 Mrd. Euro. Zukunft liegt vor allem in der Hochtechnologie.
	Deshalb sind uns attraktive und langfristig verlässliche Zukunftsperspektiven für ForscherInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen wichtiger als unzeitgemäße Subventionen in Beton. Dies kann beispielsweise durch die Einführung eines leistungsorientierten Wissenschaftstarifvertrags sichergestellt werden. Den Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt wollen wir bis 2010 auf drei Prozent erhöhen. Dabei sehen wir in einer starken und unabhängigen Grundlagenforschung an den Universitäten im engen Verbund mit der Lehre ein entscheidendes und nachhaltiges Mittel für die Erhaltung und Vertiefung eines hohen Ausbildungsniveaus und eines breiten Fundus für die Wissensgesellschaft der Zukunft.
	Ohne eine Änderung der deutschen Stammzellgesetzgebung verpassen wir Chancen für unser Land und für Tausende von Kranken. Deshalb fordert die FDP die Streichung des Stichtages im Stammzellimportgesetz und einen Stopp der Kriminalisierung von deutschen Wissenschaftlern, die im Ausland mit embryonalen Stammzellen arbeiten. Wir wollen das therapeutische Klonen, mit dem z.B. Zellen für Herzmuskel, Leber oder Nieren gezüchtet werden können, unter strengen Auflagen zulassen. Dazu muß das Embryonenschutzgesetz geändert werden. Spitzenforschung für moderne Kraftwerkstechniken (z.B. Effizienzsteigerung und CO2-Abscheidung) fördert In führenden Forschungsnationen wird den Universitäten zusätzlich zur eigentlichen Projektförderung von den Drittmittelgebern ein so genannter „Overhead“ zur anteiligen Finanzierung der technischen Einrichtungen der Forschungsinstitute bereitgestellt. Das muß auch in Deutschland möglich sein. Wir setzen uns für einen Wissenschaftstarifvertrag ein, der den besonderen Bedingungen in Wissenschaft und Forschung Rechnung trägt.
	<i>PDS</i> : In Wissenschaft und Forschung setzen wir uns ausdrücklich für die Förderung von Frauen ein. Es ist notwendig, den Technologietransfer zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu verbessern.... Netzwerke sollen dabei nicht nur die Unternehmen, sondern diese auch mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbinden. <i>WASG</i> : keine Aussage